

# Die Wählerin

← Blätter zum Wahlkampf →

## Es lebe die deutsche Republik!

Dieser Ruf muß uns Führer sein in unserm Kampf um den Präsidenten der Deutschen Republik. Die Stimmen der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen dürfen am 29. März nur für einen Mann abgegeben werden, dessen Persönlichkeit, dessen Weltanschauung und dessen bisheriges Wirken die Garantie dafür bieten, daß seine Präsidentschaft der am 9. November geschaffenen Staatsform Festigkeit gibt und alle Bestrebungen auf Wiederaufrichtung der Monarchie zunichte macht.

Ein solcher Mann ist Otto Braun, der von der Sozialdemokratischen Partei aufgestellte Präsidentschaftskandidat

Otto Braun ist, wie es Fritz Ebert war, ein Kind der Arbeiterklasse. Sein Entwicklungsgang ist ähnlich dem jener aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen Führer der Arbeiterbewegung, auf die die Arbeiterschaft mit so großem Stolz blicken kann: Volksschule, gewerbliche Lehre (Buchdrucker), nach der Lehre Anschluß an die gewerkschaftliche und an die politische Organisation der Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie, in ihr rascher Aufstieg zu leitenden Posten und Ausharren auf ihnen trotz aller wirtschaftlicher und politischer Drangsalierungen durch die herrschenden Klassen und ihre Organe.

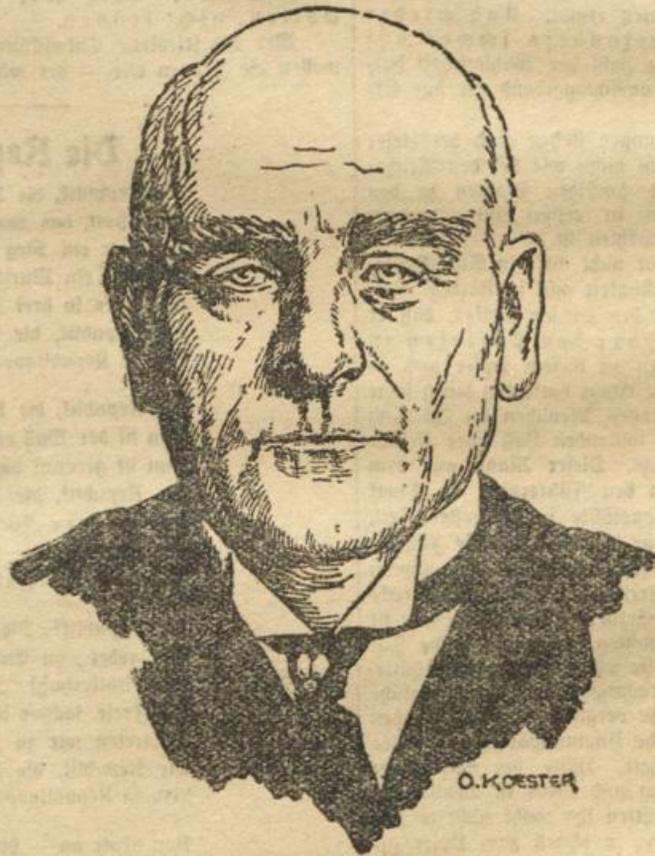
Otto Braun hat in der Arbeiterbewegung auf einem der schwersten Posten, in Ostpreußen gewirkt. Noch heute ist Ostpreußen der Hauptsitz der Reaktion und eine der stärksten Stützen der Anschauung, daß der auf Erwerbsarbeit angewiesenen Bevölkerungsschicht kein anderes Recht als das zu arbeiten und zu gehorchen zugestanden werden darf. Diese Auffassung konnte sich naturgemäß am längsten halten und am rigorosesten durchsetzen in einem Gebiete, das beherrscht wird vom Großgrundbesitz mit seiner überragenden wirtschaftlichen Machtstellung gegenüber der auf Erwerbsarbeit angewiesenen Bevölkerung des platten Landes und mit seinem aus der Zeit der Leibeigenschaft übernommenen Gefühl, Herr zu sein über Leben und Tod aller Menschen, die in abhängiger Lebensstellung von ihm sich befinden.

In diesem Gebiet hat Otto Braun ein halbes Menschenalter hindurch gewirkt für die Ausbreitung der Idee, durch Organisation der Männer und Frauen der Arbeiterschaft diesen bessere Lebensbedingungen und politische Rechte zu schaffen. Kein Wunder, daß ihn der Haß der bestehenden Kreise und der

politischen Machthaber des kaiserlichen Deutschland verfolgte, und daß dieser Haß ihn auch jetzt noch verfolgt und sich ausbreiten wird in dem Kampf, in dessen Mittelpunkt Otto Braun als Vertrauensmann der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft gestellt worden ist.

Solange der Landarbeiter die Ketten, die ihm schrankenlose Junkerherrschaft geschlagen hatte, willig trug oder sie doch im Gefühl der Schwäche schleppte, waren der Durchsetzung der Idee der Gewerkschaftsbewegung und des Sozialismus größte Schranken gezogen. Otto Braun widmete sich der Besserstellung auch der Lebensbedingungen der Landarbeiterschaft aus diesem Grunde, und aus der ihm gewordenen persönlichen Kenntnis der unmenschlichen Bedingungen, unter denen diese Volksschicht leben, arbeiten und wohnen mußte. Seine hervorragenden Fähigkeiten zum Vertreter von Volksinteressen hatten inzwischen in seiner engeren Heimat, Königsberg, und in ganz Ostpreußen die gewerkschaftliche und politische Organisation der Industriearbeiterschaft auf eine Höhe gebracht, deren Einfluß auch die ostpreußischen Junker spürten.

Wie hoch die organisierte Arbeiterschaft die Persönlichkeit Otto Brauns wertete, bewies seine Wahl in das Dreiklassenparlament Preußens im Jahre 1913. Er hat sich dort zwar den Haß der im preußischen Abgeordnetenhaus ausschlaggebenden preußischen Junker zugezogen, aber auch die Achtung aller vernünftig und objektiv denkenden Menschen erworben, die seine überragende Persönlichkeit und die Lauterkeit seines Charakters kennenlernten. Diese Eigenschaften wurden Otto Braun



Otto Braun

auch von den Gegnern seiner Politik als preußischer Landwirtschaftsminister zugestanden, als der er von der Mehrheit der Mitglieder der verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung im März 1919 gewählt wurde. Nach dem Kapp-Putsch wurde er preußischer Ministerpräsident. Diesen Posten hat Otto Braun mit kurzer Unterbrechung bis vor wenigen Wochen bekleidet, wo er von den Vertretern der Rechtsparteien im preußischen Landtage mit Hilfe der 44 kommunistischen Stimmen gestürzt wurde. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß in dem heftigen Kampf gegen Brauns Führung in der preußischen Politik die Gegner sich darauf beschränken mußten, seine Stellung zugunsten der Interessen der besitzlosen Bevölkerungsschicht anzugreifen. Sie

haben trotz aller Bemühungen, die aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen Menschen auf hervorragenden Posten zu verleumden und zu beschmutzen, bei Otto Braun hierzu auch nicht den kleinsten Anlaß gefunden.

Diesen Mann, zu dem die Arbeiterschaft mit Stolz und Vertrauen aufblicken kann, hat die Sozialdemokratische Partei als Kandidaten für den Präsidentenposten der Deutschen Republik aufgestellt. Seine Wahl würde nicht nur an die Spitze der Deutschen Republik einen Mann stellen, der würdig und fähig ist, auf diesem Posten zu stehen, die Wahl von Otto Braun würde den Frauen und Männern der auf Erwerbsarbeit angewiesenen Bevölkerungsschicht auch die Garantie bieten, daß unter seiner Leitung eine Rückkehr zur wilhelminischen Politik und Kriegsgefahr unmöglich ist.

Wir Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen müssen deshalb in den Wahlkampf ziehen mit der Parole:

**Für Republik, Frieden und Freiheit! Für unseren Kandidaten Otto Braun!** Gertrud Hanna.

## Wen wählen wir?

Von Clara Bohm-Schuch.

Schneller, als es ein Mensch ahnen konnte, ist das wahlberechtigte deutsche Volk wieder zur aktiven politischen Betätigung aufgerufen. Durch den unerwarteten Tod des Reichspräsidenten Ebert ist die Neuwahl des Mannes, der an der Spitze des Staates steht, notwendig geworden. Ebert war durch die Nationalversammlung in Weimar am 10. Februar 1919 gewählt; die Amtsdauer war durch den Reichstag bis zum 30. Juni 1925 festgesetzt. Zum erstenmal wird die Wählerschaft durch die Wahl am 29. März diesen Posten direkt besetzen. Das mündige deutsche Volk trägt also allein und ganz die Verantwortung für alles, was sich an politischen Folgen aus der Wahl des Reichspräsidenten ergibt. Und wieder lastet die Verantwortung besonders schwer auf uns Frauen, weil wir die größere Zahl der Wählerschaft darstellen und darum in der Gesamtheit ausschlaggebend für das Ergebnis sind.

Ganz allgemeine politische Erwägungen stehen auch bei dieser Wahl im Vordergrund. Aber sie gelten nicht, wie bei den Reichstags- und Landtagswahlen oder bei sonstigen Wahlen zu den öffentlichen Körperschaften, der Partei in erster Linie, sondern ebenso wichtig ist der Mann, der zu wählen ist.

Der verstorbene Reichspräsident war nicht nur ein Sozialdemokrat, sondern er war auch eine Persönlichkeit von so starkem Verantwortlichkeitsgefühl für das Schicksal des ganzen Volkes, daß er das schwerste Werk in sich vollendete: über den Parteien zu stehen. Nicht viele Menschen werden zu diesem Opfer und zu dieser Größe fähig sein. Reichspräsident Ebert hatte sich durch seine Haltung die Achtung aller gerechtdenkenden Menschen im In- und Ausland errungen und gleichzeitig den wütenden Haß aller Feinde der jungen Republik gegen sich entfacht. Dieser Mann aus dem Volke, der sich dank seiner Fähigkeiten den Führerplatz im Staat errungen hatte und ihn vollkommen ausfüllte in schwerster Zeit, war all denen ein Dorn im Auge, die nur den Adel und die Führereigenschaft der Abstammung gelten lassen. Und die schmutzigsten Wege der Verleumdung gingen diese Kreise, um Ebert zur Strecke zu bringen. Nicht offenem Mord, wie Erzberger und Rathenau, ist dieser Mann erlegen; seine Feinde wußten, daß eine solche Tat einen Volkssturm entfesseln würde, der sie selber hinweggefegt hätte. Darum versuchte man es auf niederträchtigste Art, die öffentliche Meinung gegen den Reichspräsidenten zu vergiften, um dadurch den Mann tödlich zu treffen, dem persönliche Unantastbarkeit als erstes Erfordernis seiner hohen Stellung galt. Hätte der verstorbene Reichspräsident gewußt, wieviel Achtung und Liebe in Deutschland für ihn lebte, die maßlosen Angriffe hätten ihn wohl nicht so zermürben können, daß er der Erkrankung so schnell zum Opfer gefallen wäre.

In erster Linie sollte allerdings in diesem Kampf gegen den Verstorbenen die Sozialdemokratie als Partei, der Sozialismus als Idee getroffen werden, und nun wird der 29. März beweisen, daß die Masse des schaffenden Volkes sich zum Sozialismus bekennt und dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme gibt. Denn das Volk will die Fortsetzung der Verständigungspolitik mit den Nachbarvölkern, damit das wirtschaftliche Leben sich weiter entwickeln kann und auch die Arbeiterschaft Schritt um Schritt wieder zu besseren Lebensbedingungen gelangt. Würde aber eine solche Politik gewährleistet durch einen Reichspräsidenten, der den nationalistischen Parteien, den früheren Konservativen, zugehört? Niemals! Diese Parteien glauben, all das, was wir auf dem Wege friedlicher Verhandlungen und durch Anbahnung wirtschaftlicher Beziehungen erreicht haben und weiter zu erreichen suchen, viel schneller haben zu können, wenn sie auf den nächsten Krieg rüsten und ihre Politik

danach einstellen. Sie haben im kaiserlichen Deutschland das rechtslose Volk regiert und möchten das auch in Zukunft wieder. Deshalb streben sie nach Wiederaufrichtung der Monarchie; ihr Präsident würde nichts anderes sein, als der Plahhalter des Monarchen und in diesem Geiste würde er, nach dem Wunsch seiner Parteien, das Amt führen. Er wäre aus seiner Grundeinstellung heraus ein Feind der Republik und der republikanischen Staatsverfassung, nach der das Volk sich seinen ersten Führer selber wählt.

Diese Parteien, die den verstorbenen Reichspräsidenten bei jeder Gelegenheit mit Schmutz bewarfen, die die Sozialdemokratische Partei verhöhnten, weil sie angeblich keine Führer hatte; die dem Volke immer wieder prophezeiten, daß aus ihren Reihen der große Mann kommen würde, haben aber nicht einmal einen fähigen Kandidaten. Sie suchten und suchten und fanden ihn nicht. Wo war der Inhalt der großen Worte und Versprechungen? So war es im Weltkrieg, und so wird es immer sein, wenn eine verantwortliche Tat den Worten folgen soll.

Die Sozialdemokratie brauchte nicht zu suchen, sie konnte auswählen in ihren Reihen, wen sie für den würdigsten Nachfolger Eberts hielt. Und sie stellte in Otto Braun den Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl auf, dem auch der Gegner die Achtung nicht versagen kann. Aus den Massen des Volkes hervorgegangen, kennt er alle Not und alle Sehnsucht dieser Masse und hat sein ganzes bisheriges Leben an ihrem Aufstieg gearbeitet. Er ist aber nicht nur die Garantie einer Friedenspolitik nach außen, sondern er ist uns Gewähr einer gerechten Politik im eigenen Lande, das hat er als preußischer Landwirtschaftsminister sowohl wie als preußischer Ministerpräsident bewiesen. Für sieben Jahre wird durch unsere Wahl der Präsident an die Spitze Deutschlands berufen. Darum erfordert diese Wahlhandlung die größte Ueberlegung und Verantwortlichkeit. Auch Wellen von Klatsch und Mißgunst dürfen unser ruhiges Urteil über die sachliche Eignung des Kandidaten, dem wir unsere Stimme geben wollen, nicht trüben.

Wer die friedliche Entwicklung Deutschlands will — und das wollen die Frauen alle — der wählt am 29. März Otto Braun! |

## Die Republik!

Die Republik, die Republik!  
Herr Gott, das war ein Schlagen!  
Das war ein Sieg aus einem Stück!  
Das war ein Wurf! Die Republik!  
Und alles in drei Tagen!  
Die Republik, die Republik!  
Vive la République!

Die Republik, die Republik!  
Nun ist der Wall erstiegen!  
Nun ist gerannt die Mauerlück —  
Die Republik, die Republik!  
Und unsere Farben fliegen!  
Die Republik, die Republik!  
Vive la République!

Die Republik! Die Republik!  
Wer redet von Entzweien?  
Was Völkerverhaß! Die Republik!  
Als Freie, jochlos das Genick!  
So treten wir zu Freien!  
Die Republik, die Republik!  
Vive la République!

Von heute an — die Republik —  
Zwei Lager nur auf Erden:  
Die Freien mit dem kühnen Blick,  
Die Sklaven, um den Hals den Strick!  
Sei's! Mag's entschieden werden!  
Die Republik, die Republik!  
Vive la République!

Sonst aber — hoch die Republik! —  
Kein Krlegen mehr und Spalten.  
Nur fester Bund zu Lieb und Glück!  
Nur Bruderschaft — die Republik —  
Und menschlich schön Entfallen!  
Die Republik, die Republik!  
Vive la République!

Ferdinand Freiligrath.

# Zieht Lehre daraus . . . !

Sehr viele Frauen, die am 7. Dezember 1924 den Rechtsparteien zu den Reichstagswahlen ihre Stimme gegeben haben, haben sich von den Versprechungen dieser Parteien irreführen lassen. Besonders voll nahmen die Rechtsparteien den Mund im letzten Wahlkampf über das Aufwertungsproblem. Bei den kleinen Sparern, zu denen ganz besonders auch die Frauen gehören, wurde der Eindruck erweckt, daß man eine Aufwertung ihrer während der Inflationszeit entwerteten Sparguthaben beabsichtigt. Nach den Wahlen stehen insbesondere die Deutschnationalen nicht zu ihren Versprechungen. Am 5. Februar 1925 lehnten die Deutschnationalen ihren eigenen Antrag vom 4. Dezember 1924 in dieser Sache ab mit der Begründung, daß die Regierung binnen kurzem den Entwurf eines neuen Aufwertungsgesetzes vorlegen solle. Der von den Deutschnationalen zum Reichskanzler bestimmte Dr. Luther forderte jedoch:

„Dem Volke müsse die unmögliche Vorstellung, eine Verzinsung der Anleihen zu erhalten, mit allen Mitteln vernünftiger Ueberredungskunst ausgedreht werden. Auch die Volksbewegung, die sich jetzt der Aufwertung bemächtigt habe, könne uns nicht weiterbringen, sei vielmehr dem Staatsweien abträglich. Ruhe im Wirtschaftsleben sei die Grundlage für jede Befundung. Zu dieser Ruhe und zur Festigung der Stabilität der Verhältnisse gehöre, daß unter das Aufwertungsproblem endlich ein Strich gemacht werde.“

Die Deutschnationalen haben also die Führung in einer Reichsregierung, die sich der Aufwertung schroff widersetzt. Deshalb will auch die deutschnationale Reichstagsfraktion jetzt keine Aufwertung mehr.

Das wurde noch deutlicher in der Reichstagsitzung vom 7. März. Die Debatte über die Aufwertung mußte erst von den Sozialdemokraten und Demokraten gegen den Widerspruch der Rechtsparteien erzwungen werden. Die Reichsregierung entschuldigte die Nichtinhaltung der dreiwöchigen Frist mit dem Hinweis, daß bisher eine Mehrheit für ihren Gesetzentwurf nicht gewonnen werden konnte. Das bestätigt, daß die bürgerlichen Parteien, die doch über die Mehrheit im Reichstag verfügen, nicht an die Einlösung ihrer Wahlversprechungen denken.

Die Debatte lieferte die Bestätigung dafür, Hergt, der vor Jahresfrist die 3. Steuernotverordnung in den Orkus werfen wollte und angeblich einen fertigen Gesetzentwurf über die Aufwertung in der Tasche hatte, benutzte jetzt die Argumente der Kapitalisten, um die Schwierigkeiten der Aufwertung ins Unendliche zu vergrößern. Sprach Hergt für die deutschnationale Fraktion, so vertrat Dr. Best nur seine eigene Meinung. Seine Rede war eine Anklagerede gegen die eigene Partei.

Wenn auch sämtliche bürgerlichen Parteien den Bruch des Ver-

sprechens der Regierung sanft bedauerten, so sind sie doch mit ihm in der Verzögerung der Aufwertung einverstanden. Das zeigte sich bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der 3. Steuernotverordnung. Dieser, früher von den Deutschnationalen gestellte Antrag, der das einzige Mittel ist, den Widerstand der Regierung und der Kapitalisten gegen die Aufwertung zu brechen, wurde durch Ueberweisung an einen Ausschuß begroben.

Das Ergebnis der Debatte ist also: Im Kampf um die Aufwertung ist auf die Deutschnationalen nicht mehr zu rechnen. Für die Wahlgelder der Schwerindustrie und Agrarier haben die Deutschnationalen die geldlichen Ansprüche der Millionen Sparer an die reichgewordenen Inflationsgewinner verkauft.

Ein anderes Kapitel aus der Arbeit einer Rechtsregierung ist **das Millionengeschenk an die Ruhrindustriellen.**

Als der Ruhrkampf unter ungeheuren Opfern und Leiden der arbeitenden Bevölkerung abgeschlossen wurde, bewilligte die Regierung in der Zeit, in der der Reichstag nicht tagte, den Großindustriellen, also den reichsten Leuten, eine Entschädigungssumme von 700 000 000 Mark, während die Arbeiter, die von ihren Heimstätten während der Zeit des Ruhrkampfes vertrieben wurden, kaum mit der fargen Unterstützung, die ihnen gewährt wurde, in die Heimat zurückgelangen konnten. Was in jener Zeit die ganze übrige deutsche Bevölkerung infolge der Arbeitslosigkeit bei völlig unzureichender Erwerbslosenunterstützung gelitten hat, das wissen ja die Frauen am besten.

Als solchen Gegenüberstellungen aber sollten die Frauen lernen. Die Sozialdemokratie deckte die ungerechte Beschenkung der Ruhrindustrie durch die Regierung in Abwesenheit des Reichstages auf. Die Sozialdemokratie mußte auch jetzt wieder die Schließung des Reichstages während des Wahlkampfes verhindern. Die Regierung, die sich als Vertretung der Rechtsparteien fühlt, wollte die Schließung des Reichstages und während dieser Zeit die Ermächtigung selbstherrlich regieren zu dürfen. Diese Ermächtigung sollte in allererster Linie auch umschließen die Einführung eines neuen Zolltarifes mit erhöhten Sätzen auf Lebensmittel und Gebrauchswaren. Das hätte bedeutet eine abermalige Verschärfung der Teuerung und Bereicherung der Reichen.

Die Rechtsparteien sind die geschworenen Feinde des demokratischen Systems, weil es die Maßnahmen der Regierung der Aufsicht und Mitarbeit der Volksvertretung (Reichstag) unterstellt. Einen Mann, den diese Parteien vorschlagen, wählen, hieße sich selbst der Auswucherung ausliefern. Das kann keine Frau des arbeitenden Volkes wollen.

**Die Frau muß mit der Sozialdemokratie kämpfen mit allen Mitteln gegen die Rechtsparteien, gegen die Regierung des Großgrundbesitzes zur Ausbeutung des Volkes! Sie muß kämpfen mit allen Mitteln für die Erhaltung der demokratischen Republik. Für sie gibt es nur eine Wahl — den**

**Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei Otto Braun!**

## Ein Urteil über Otto Braun.

Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb über den Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei folgendes:

„Otto Braun diente seinen Ideen mit einer Energie, von der man nur sagen kann, daß hätten alle republikanischen Politiker und Minister etwas davon gehabt, wir heute um die Republik nicht in Sorge zu sein brauchten. Er kämpfte für den republikanischen Gedanken und für soziale Gerechtigkeit. Aus den Jahrzehnten seines Kampfes in der agrarpolitischen Bewegung, als Vertämpfer insbesondere der Forderung der Landarbeiterbestellung, brachte dieser Ostpreuße, der stimmungsgemäß seelisch sehr fest im Boden seiner Heimat wurzelt — trotz der vielen Jahre, die er im politischen Kampfe auch im Rheinland verbrachte, ein starkes Kampfselbst gegen das durch und durch unsoziale ostelbische Großagrariertum mit. Sein heftiger Streit gegen den Reichslandbund, der im Landwirtschaftsminister Braun mit sicherem Instinkt den gefährlichen Feind und Sachfeind erkannte, sein scharfes unerschrockenes Auftreten gegen den Aufsturm der Reaktion auf allen Gebieten zeigten, daß dieser Mann nicht, wie so manche andere, in der Zeit seiner Ministerpraxis das vergessen oder gar verleugnet hatte, was ihm vordem Leitstern seines Lebens war. Der große Erfolg der Landarbeiterbestellung ist denn auch das Werk dieses Mannes gewesen. Schon in Weimar hat er den Deutschnationalen zugerufen, daß er, der nicht wie die königlich preussischen Landwirtschaftsminister nach der Weise der Großagrarier tanzen wolle (und den sie deshalb den „Minister gegen die Landwirtschaft“ nannten), stolz darauf sei, von ihnen gehaßt, aber dafür der Vertrauensmann der Millionen bis dahin geknechteter Landarbeiter zu sein.“

Otto Braun war auch später als Ministerpräsident nicht nur der kluge Politiker und zähe Verteidiger und Ausbau der republikanischen Position, der oft genug auch in kritischen Momenten die Reichspolitik entscheidend im republikanischen und demokratischen Sinne beeinflusst hat. Er mußte auch den Staat zu repräsentieren. Ein trotzdem nie in Selbstüberhebung ausartendes Selbstbewußtsein, eine körperlich imponierende Erscheinung, die Kunst, Distanz zu halten, und seine persönliche Untadeligkeit, an die auch in dieser verleumdungsreichen Zeit kein Schmutzspriherchen herankam — all das stempelte ihn zum wirklichen Regierungschef, der nicht gezwungen oder links, sondern mit zielbewusster Selbsterständlichkeit auftrat und Respekt erzwang.“

## Kapitalistische Lebensregeln.

Gut Essen hält den Leib zusammen, und viel Trinken die Seele.

Gedanken sind zollfrei; Grundzüge muß man durchschmuggeln.

Wer's Gold schon im Maule hat, darf die Morgenstunde ruhig verschlafen.

Doppelt gibt, wer schnell gibt! Und wer doppelt nimmt, soll schnell nehmen.

Durch ein sanftes Ruhelassen erzielt man ein gutes Gewissen.

Die Wahrheit zu sagen, ist Sache der Kinder und Narren.

## Die neue Lehre!

Dies ist das Große,  
was die neue Lehre verkündet:

Daß sie den Menschen hinstellt  
als Arbeiter auf Erden,  
so auch den Arbeiter hinstellt  
als Menschen auf Erden,  
was er bis heute noch nie gewesen war;

daß sie den Menschen hinstellt  
in den Weltraum und auf Erden;  
die Arbeit hinter ihm,  
die Gleichheit unter ihm,  
die Liebe zu seiner Einteilung,  
die Gerechtigkeit zu seiner Rechten,  
die Wahrheit vor ihm  
und die Freiheit über ihm,  
aber die Schönheit in ihm!

L. Jacobi.

## Siegesallee / Friedrich-Ebert-Straße.

Von Minna Todenhagen.

Siegesallee heißt die Siegesallee im Volksmund. Wohl uns, wäre die Geschichte, deren Träger in Stein gehauen hier aufgereiht stehen, nur ein Spul. Es gab eine Zeit, in der wir lachen konnten über den Toten und den Lebendigen Spul —, und die ganze Welt lachte mit uns, damals als der Hauptmann von Köpenick das Spulhafte des preussischen Militär- und Untertanengeistes mit Erfolg auswertete zur Aushebung einer amtlichen Kasse.

Zu jener Zeit spazierte ich mit einem vierjährigen Knaben durch die Siegesallee. Als er der ersten geharnischten Ritter anständig wurde, meinte er, mit den Händen nach rechts und links zeigend: „Oho! hier ein Hauptmann von Köpenick und da ein Hauptmann von Köpenick.“

„Kindermund, unbewusster Weisheit kund“, sagt ein deutscher Dichter. Traf das nicht auch hier zu? Waren sie nicht alle, die hier in Stein gehauen stehen, mehr oder weniger Hauptmänner von Köpenick? Einer unter ihnen war ganz bestimmt weniger als dieser — Otto der Faule —. Wie faul muß eine Geschichte sein, die der Faustheit ein Denkmal setzt.

Wenn sich das Raß unseres nördlichen Himmels im Herbst und Winter gar zu häufig mit dem Staub der Großstadt vermischt, dann tragen die Gesichter der steinernen Recken Spuren wie im Frühling manche Bubengesichter nach verlorener Murrenchlacht, wenn das Wasser der Augen sich mengt mit den Spuren der Erde an spielenden Händen. Dann schaut's aus, als ob die Hetzen klagen über den Loren, der sie verdammt zu steinernem Spul.

Zuweilen sitzen auf den Marmorbänken der Denkmäler Opfer der Zeit, deren Ruhm diese Denkmäler verkünden sollen. Menschen mit zerflossenen Gliedern, Menschen mit kleinen Schildern auf der Brust, weißes Kreuz auf rotem Feld, das Abzeichen der Menschen mit erloschenen Augen, Halbtote . . . Von ihnen aus ergeht ein Ruf an uns zur Menschlichkeit.

Menschlichkeit ist tiefstes Mitschaffen an neuer Lebensgestaltung. Halbes Leben, das nichts weiß vom Herzschlag seiner Zeit. Unsere Toten und Verkrüppelten waren Herrschern vom Zufall der Geburt verpflichtet bis in den Tod. So wolle es das Staatsrecht. Für uns Lebende entsproß ihrem Tod neues Leben. Sie sind die Sieger über den Geist der Siegesallee.

Der Weg fort von den steinernen Zeugen einer überwundenen Zeit bis zur Königgräzer Straße ist nur kurz. In wenigen Tagen wird diese Straße den Namen Friedrich-Ebert-Straße tragen. Ein Name der Erinnerung an eine Schlacht (Schlacht bei Königgrätz im Kriege von 1866) erlicht im Berliner Straßenleben, der Name des ersten Volksbeauftragten des deutschen Volkes tritt an seine Stelle. Diese Auswechslung, im Lageplan der Stadt Berlin ein Weg von wenigen Minuten — in der Geschichte ein Weg von Jahrhunderten, sei uns Symbol: Gewalt weicht der Menschlichkeit!

Friedrich Ebert war als Reichspräsident Beauftragter des Volkes. Der Auftrag des Volkes war schwer — war nichts Geringeres als Rettung vom Untergang. Friedrich Eberts Lebenswerk war erster Aufstieg aus tiefstem Abgrund zur Menschlichkeit.

Auftraggebendes Volk, seines Auftrages Größe sich bewußt, muß mitschaffen am Werk. In diesem Bewußtsein heißt es einen neuen Reichspräsidenten wählen, sei sein Name uns Programm, tiefstes Mitschaffen — heiliger Wille zur Menschlichkeit!

## Der kommunistische Kandidat.

Wer will für den unwissenden Schwächer stimmen?

Die Leitung der kommunistischen Partei hat Herrn Ernst Thälmann als Kandidaten aufgestellt. Und sie rühmt von ihm, daß er „die Vertörperung des revolutionären Willens der deutschen Arbeiterschaft“ sei. In Wirklichkeit ist dieser Thälmann ein unwissender, dafür aber ein um so gewissenhafterer Schwächer. So hat er Anfang März in einer kommunistischen Versammlung einen Vortrag gehalten, in dem er nach dem Bericht der „Hamburger Volkszeitung“ folgendes ausführte:

„Bereits in den letzten Monaten 1924 waren die Kredit-schwierigkeiten innerhalb der deutschen Wirtschaft sehr groß. Wena diese Zahlungsfähigkeit in den nächsten Monaten so permanent bleibt, wie im November und Dezember 1924, so bedeutet das den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft.“

Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus, als sie von Herrn Thälmann dargestellt wird. Zurzeit veröffentlichen die deutschen Aktiengesellschaften ihre Jahresberichte für 1924. Bis auf wenige Ausnahmen haben sie außerordentlich gute Ergebnisse erzielt, die Dividenden sind zum größten Teil weit höher als in der Vorkriegszeit. Von Kapitalmangel ist bei ihnen fast nirgends mehr die Rede, die Aussichten für die nächste Zeit werden in der Regel günstig beurteilt. Keine Spur also vom dem „Zusammenbruch“, den Herr Thälmann wieder einmal prophezeit.

Wieso kommt es aber, daß das Kapital sich wieder in einer günstigen Lage befindet, daß die Aktiengesellschaften weit höhere Dividenden als in der Friedenszeit auszahlen, während das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten noch immer, wenn geringer ist, als in der Vorkriegszeit? Die Schuld daran trägt vor allem die verantwortungslose Politik der kommunistischen Partei, die die Organisationen der wertaktigen Bevölkerung gespalten und damit die Interessen der bestehenden Klassen gefördert hat. Wenn bei der bevorstehenden Präsidentenwahl der Kandidat der Rechtsparteien siegen sollte, so ist das wiederum nur auf die kommunistische Zerpfitterungstätigkeit zurückzuführen. Die kommunistischen Führer spiegeln den arbeitenden Massen vor, daß der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft bevorstehe, aber sie tun alles, um diesen Zusammenbruch zu verhüten.

Wer bei der Präsidentenwahl die Reaktion stützen und fördern will, der stimme für den verantwortungslosen Schwächer Thälmann. Wer aber vom Präsidenten des Deutschen Reichs praktische Arbeit für das wertaktige Volk verlangt, der gebe seine Stimme dem Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei: Otto Braun!

## Sieg der Sozialdemokratie ist Sieg des Rechts und der Freiheit! Wählt am 29. März Otto Braun!

### Beitrittserklärung.

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die Sozialdemokratische Partei Bezirk Berlin, Abteilung \_\_\_\_\_

An Beiträgen entrichte ich: Eintrittsgeld 50 Pfennig.

\_\_\_\_\_ Wochenbeiträge männl. 20, weibl. 10 Pf. Sa. \_\_\_\_\_ M.

\_\_\_\_\_ den \_\_\_\_\_ 1924

Vor- und Zuname: \_\_\_\_\_

geb. am \_\_\_\_\_ zu \_\_\_\_\_

Staatsangehörigkeit: \_\_\_\_\_ Stand: \_\_\_\_\_

Wohnung: \_\_\_\_\_

Bei der Annahme ist sehr erwünscht, daß außer dem Eintrittsgeld mindestens die Beiträge für einen Monat (4 Wochen) bezahlt werden!

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ der Unterhaltungsbeilage „Unterhaltung und Wissen“ und der Beilage „Frauenstimme“ in Groß-Berlin täglich zweimal drei ins Haus.

(Monatlich 3.—Goldmark, wöchentlich 70 Goldpfennig.)

Name \_\_\_\_\_

Wohnung: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ Straße Nr. \_\_\_\_\_

oorn \_\_\_\_\_ Hof — Quergeb. — Seit. nst. — Tr. links — rechts

bei \_\_\_\_\_